Dringlicher Antrag Nr. 1

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen

an die 163. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

am 29. Oktober 2014

**Lohnsteuerreform: Jetzt ist die Regierung dran**

Die letzten Monate waren für ÖGB und AK äußerst erfolgreich. Inzwischen fordern rund 800.000 Menschen mit ihrer Unterschrift bei der Aktion „Lohnsteuer runter!“ eine deutliche Senkung der Lohnsteuer und ein gerechteres Steuersystem ein. Diese breite Unterstützung des Anliegens ist sehr erfreulich.

Die Vermögen der privaten Haushalte sind in den letzten Jahrzehnten erfreulicherweise stetig gestiegen. Allerdings liegt dieses Vermögen in den Händen weniger: Die obersten fünf Prozent der Haushalte besitzen mehr als 60 Prozent davon. Der Anteil leistungsloser Vermögenseinkommen steigt laufend, jener der Leistungseinkommen aus Arbeit geht zurück. Gleichzeitig wird der Staatshaushalt in immer größerem Ausmaß durch Abgaben auf Arbeit finanziert, während Österreich bei den Steuern auf Vermögensbesitz zu den Schlusslichtern in der EU gehört. Trotz des schwachen Anstiegs der Lohneinkommen steigt das Aufkommen an Lohnsteuer kräftig, heuer beträgt es bereits mehr als 25 Milliarden Euro. Damit übersteigt es erstmals jenes der Mehrwertsteuer, das wegen der schwachen Konsumnachfrage kaum wächst. Steuern auf Vermögen machen hingegen in Österreich nur 1,4 Prozent aller Abgaben aus, während der Anteil im Durchschnitt der EU-Länder bei mehr als 5 Prozent liegt. Das ist sozial ungerecht und wirtschaftlich falsch.

Es braucht ein Steuersystem,

* das die Leistung der ArbeitnehmerInnen honoriert statt sie wegzusteuern und so Anreize zu Arbeitsaufnahme bietet.
* das die unteren und mittleren, konsumfreudigen sozialen Schichten entlastet und so für Nachfrage und Beschäftigung sorgt.
* das den stark steigenden Reichtum an der Finanzierung des Sozialstaates gerecht beteiligt und so für soziale Stabilität sorgt.
* das einen Beitrag zu einer gerechten Verteilung des Wohlstandes leistet, aus sozialen wie wirtschaftlichen Gründen.

**Kein Kaputtsparen auf Kosten des Sozialsystems**

Ein guter Sozialstaat muss auf einer soliden finanziellen Basis stehen. Jenen konservativen ProfessorInnen und WirtschaftsforscherInnen wird eine klare Absage erteilt, die zunächst einer drastischen Senkung der gesamten Abgabenlast in Österreich das Wort zu reden, um dann Sozialabbau begründen zu können. Die österreichischen ArbeitnehmerInnen haben über Jahrzehnte diesen Sozialstaat aufgebaut und werden diesen auch verteidigen. Der Wohlstand der Gesellschaft und die hohe Leistungsfähigkeit der Wirtschaft belegen, dass der Sozialstaat finanzierbar ist, wenn die Weichen richtiggestellt werden.

Was liegt näher als die rasch wachsenden Vermögen stärker an der Sicherung des Pflegesystems oder des Bildungssystems zu beteiligen? Was liegt näher als die übermäßige Belastung der ArbeitnehmerInnen zu verringern? Deshalb braucht es eine kräftige Senkung der Lohnsteuerbelastung, von der alle Einkommensgruppen, von den Teilzeitbeschäftigten und Jungen, über die FacharbeiterInnen bis zu den Angestellten und BeamtInnen profitieren sollen. Diese notwendige Steuersenkung ist durch eine Anhebung der Besteuerung von Millionenvermögen und hohen Erbschaften zu finanzieren. Das ist sozial gerecht und wirtschaftlich sinnvoll. Auch weil es die Ungleichheit verringert und damit Demokratie und Freiheit sichert.

**Ausgewogenes Modell – verantwortungsbewusst finanziert**

Der Vorschlag von ÖGB und AK mit seinem Volumen von knapp 6 Mrd. Euro ermöglicht ab 2015 eine entsprechende Entlastung der ArbeitnehmerInnen und ist finanzierbar. Dies ist jedoch nur möglich, wenn sich diese Reform auf die Entlastung der ArbeitnehmerInnen konzentriert und nicht mit zusätzlichen Wünschen (Standort, Familie etc.) überfrachtet wird. Einzelne Institutionen wollen als Trittbrettfahrer die kommende Steuerreform für ihre Interessen nutzen und erheben bereits neue Forderungen. Dies wird auf entschiedenste zurückgewiesen. Diese Reform gehört den ArbeitnehmerInnen in diesem Land und diese lassen sich ihre Reform nicht durch Zusatzwünsche verwässern. Damit ist die Gewerkschaft und die AK den rund 800.000 UnterstützerInnen und ihren Mitgliedern im Wort.

Die Kampagne „Lohnsteuer runter!“ provozierte andere Gruppierungen und Institutionen ihre Vorstellungen zu präsentieren. Dieser Wettbewerb der Ideen ist begrüßenswert, jedoch der Vergleich macht sicher. Die Ideen von ÖAAB, FPÖ oder auch der Industriellenvereinigung sind entweder sozial unausgewogen, haben keine ausreichende Gegenfinanzierung oder beinhalten Sozialabbau. Ohne eine 100%ige Gegenfinanzierung wird die Lohnsteuersenkung nicht möglich sein und wäre nicht tragbar. Die wirtschaftlichen Lage und die selbstauferlegten europäischen Budgetregeln machen es notwendig, dass im Gegenzug zur Senkung der Lohnsteuer andere Steuern erhöht werden. Zusätzlich zu den beinahe 1 Mrd. Euro Steuereinnahmen aus der induzierten Konjunkturbelebung, neuen wirksamen Maßnahmen gegen Steuerbetrug, erforderlichen Effizienzsteigerungen im Verwaltungssystem, der Beseitigung von Ausnahmen im Steuersystem, ist die Wiedereinführung der Vermögens- sowie Erbschaftsteuern notwendig. Nur so kann die Lohnsteuersenkung entsprechend gegenfinanziert und sichergestellt werden, dass sich nicht die ArbeitnehmerInnen über Sparpakete und Sozialausbau die Steuersenkung selbst bezahlen müssen.

**AK und ÖGB fordern einen gerechten Tarif und eine spürbare Entlastung für alle ArbeitnehmerInnen. Das heißt:**

* Der Eingangssteuersatz soll von 36,5 auf 25% abgesenkt, der Höchststeuersatz unangetastet bleiben.
* Die Grenze für den Spitzensteuersatz soll auf 80.000 Euro (bisher 60.000 Euro) erhöht werden.
* Die Zahl der Steuerstufen soll auf 6 erhöht werden, umdadurch die Steuersprünge geringer zu machen.
* Arbeitnehmerabsetzbetrag und Verkehrsabsetzbetrag sollen auf insgesamt 450 Euro angehoben werden.
* Die Negativsteuer soll auf 450 Euro erhöht werden, damit auch ArbeitnehmerInnen mit sehr niedrigen Einkommen entlastet werden und auch PensionistInnen sollen erstmals eine Negativsteuer von 110 Euro erhalten.
* Die Steuerbegünstigung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie für Aufwandsentschädigungen, Zulagen, Zuschläge etc muss unverändert bleiben.
* Die Solidarabgabe für BezieherInnen sehr hoher Einkommen soll wie bisher erhalten bleiben.
* Es sollen wirksame Maßnahmen gegen die kalte Progression gesetzt werden.

***Regierung muss rasch handeln und die ArbeitnehmerInnen spürbar entlasten***

*Wir erwarten von der Regierung, dass bei den Verhandlungen zur Steuerreform der Lohnsteuersenkung absolute Priorität zukommt und es zu einer spürbaren Entlastung kommt. Die von der Regierung bisher vereinbarte Summe von 5 Mrd Euro reicht dafür nicht aus, insbesondere, wenn neben der Lohnsteuersenkung auch andere steuerliche Entlastungsmaßnahmen geplant werden sollten. AK und ÖGB verlangen ein Volumen von 5,9 Mrd Euro für eine Lohnsteuerentlasutng, die die ArbeitnehmerInnen auch spüren! Gerade in einer schwierigen Wirtschaftslage ist es wichtig, die Entlastung sofort vorzunehmen. Eine Verschiebung auf 2016 wird daher entschieden abgelehnt.*

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| Angenommen [ ]  | Zuweisung [ ]  | Ablehnung [ ]  | Einstimmig [ ]  | Mehrstimmig [ ]  |